

Der Verfall amerikanischer Vormacht - Rückkehr einer Debatte: Beiträge in US-Fachzeitschriften seit dem Amtsantritt Obamas

Altegör, Tim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Altegör, T. (2010). *Der Verfall amerikanischer Vormacht - Rückkehr einer Debatte: Beiträge in US-Fachzeitschriften seit dem Amtsantritt Obamas*. (SWP-Zeitschriftenschau, 03/2010). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-366715>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Der Verfall amerikanischer Vormacht – Rückkehr einer Debatte

Beiträge in US-Fachzeitschriften seit dem Amtsantritt Obamas

Tim Altegör

Noch vor wenigen Jahren war vielfach die Rede von einem übermächtigen Amerika, ja von einem »amerikanischen Imperium«. Derzeit aber wird über einen relativen machtpolitischen Niedergang der USA gegenüber anderen Staaten diskutiert. Diese Debatte bricht in der außenpolitischen Elite des Landes mit einer gewissen Regelmäßigkeit aus. Amerika, so heißt es dann, sei im Begriff, seine internationale Vormachtstellung einzubüßen. Diesmal verweisen die Anhänger der These auf die militärische Überforderung der USA in Afghanistan und im Irak, auf den wirtschaftlichen Erfolg Chinas und anderer aufstrebender Mächte, auf die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise – und auf eine neue außenpolitische Konzeption der Obama-Regierung. Unter den Kritikern der Niedergangsthese bestreiten die einen grundsätzlich, dass sich die globalen Machtverhältnisse verschieben. Andere hingegen denken darüber nach, wie sich die Führungsrolle der USA unter veränderten Umständen bewahren lässt.

Die im Folgenden besprochenen Artikel aus amerikanischen Zeitschriften enthalten die wichtigsten Argumente der Debatte. Dabei geht es um zwei wesentliche Fragen: Ist ein Niedergang Amerikas überhaupt festzustellen oder zumindest unausweichlich zu erwarten? Und wie sollten die USA ihre Politik künftig ausrichten, um auf eine veränderte Machtposition zu reagieren oder – je nach Prognose – ihre Dominanz zu erhalten?

Wirtschaftskrise und imperiale Überlastung

Traditionell wird die These vom *decline* der USA mit zwei Feststellungen begründet. Zum einen verliere die amerikanische Wirtschaft gegenüber aufstrebenden Staaten mit deutlich höheren Wachstumsraten zunehmend an Gewicht; zum anderen hätten sich die USA mit ihrem weltweiten Engagement als internationale Ordnungsmacht schlichtweg übernommen. **Christopher Layne**, Professor an der George H.W. Bush School of Government and Public Service der Texas A&M University, und **Robert A. Pape**, Professor an der Universität von

Chicago, folgen beide dieser Argumentation – wenn auch im Detail mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Layne schreibt im Magazin *The American Conservative*, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen einer Pax Americana gewonnene Vormachtstellung der USA überholt sei. Mittlerweile hätten unübersehbare ökonomische und militärische Verfallstendenzen eingesetzt. Hinzu komme der stetige Aufstieg neuer Mächte – Layne nennt Indien, Russland und vor allem China. Dies führe zu vermehrten Konflikten um regionale Machtpositionen und erhöhe somit auch das Risiko, dass es zwischen diesen Akteuren zu militärischen Auseinandersetzungen komme. Eine multipolare Welt entstehe, die das bisherige Ordnungsmodell einer internationalen Verflechtung unter amerikanischer Führung ablöse.

Als Hauptursache dafür identifiziert Layne langfristige Probleme und jahrelange Fehlentwicklungen in der amerikanischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Zum einen sei das Haushaltsdefizit in beängstigende Höhen gestiegen; angesichts der Kriege in Afghanistan und im Irak sowie der wachsenden Sozialausgaben gebe es dabei kaum Hoffnung auf Besserung. Zum anderen beruhe die bisherige internationale Rolle der USA auf dem Dollar als Leitwährung. Um nun im ausgeprägten Wettbewerb mit China und Europa bestehen zu können, müssen die Vereinigten Staaten nach Layne der Gefahr einer Inflation entgegenwirken. Da aber höhere Steuern oder Zinsen die wirtschaftliche Entwicklung hemmen würden, bleibe als sinnvolle Gegenmaßnahme nur eine rigide Ausgabenreduzierung. Diese wiederum würde in beträchtlichem Maße auch den Verteidigungsetat betreffen. Für die USA sei es daher unvermeidbar, ihre sicherheitspolitische Vormachtstellung aufzugeben. Layne empfiehlt bereits seit Jahren, eine geordnete Reduzierung des amerikanischen Engagements einzuleiten. Vorzugehen sei dabei nach der Devise »burden shifting, not burden sharing« – die Bündnispartner der USA in Asien und Europa sollten zunehmend eigenständig für die jewei-

lige regionale Sicherheit sorgen und entsprechende Belastungen selbst übernehmen.

Außerdem plädiert Layne dafür, die amerikanische Sicherheitsstrategie wieder auf jene aufsteigenden Großmächte zu fokussieren, die in der Lage sind, die USA zu bedrohen. Dieses Potential spricht er dem Terrorismus ab, der ohnehin nicht zu beseitigen sei. Den Schwerpunkt auf Terrorismusbekämpfung zu legen hält Layne daher für ebenso verfehlt wie das seiner Ansicht nach zum Scheitern verurteilte Bemühen, *nation-building* in Afghanistan oder im Irak zu betreiben. Es bedürfe einer entsprechenden Anpassung der US-Außenpolitik. Aufzugeben seien dabei auch überkommene Vorstellungen eines amerikanischen Exzeptionalismus und eines inhärenten Wertes von weltweiter Demokratieförderung, globalem Freihandel oder internationalen Institutionen. Die Vereinigten Staaten können es sich in Laynes Augen einfach nicht mehr leisten, solchen Motiven zu folgen, da ihnen ansonsten ein *imperial overstretch* drohe.

Pape argumentiert in der Zeitschrift *The National Interest* entlang ähnlicher Entwicklungen und Prognosen. Auch er macht den *decline* der USA in erster Linie an ihren relativen Verlusten auf ökonomischem Sektor fest. Betrachte man die langfristigen Wirtschaftsdaten, so lasse sich die These einer weiterhin unipolaren Weltordnung nicht aufrechterhalten.

Vor allem im Vergleich mit China sieht Pape die USA zunehmend in der Defensive. Zum einen seien die amerikanischen Wachstumsraten seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gesunken; die Zukunftsprognosen wiesen auf einen anhaltenden relativen Positionsverlust gegenüber China hin. Zum anderen sei auch auf dem Technologie-Sektor – aufgrund grenzüberschreitender Wissensverbreitung im Zeitalter der Globalisierung – nicht mit einem Erhalt der amerikanischen Führungsrolle zu rechnen. Selbst in historischer Perspektive handelt es sich laut Pape um einen schnellen und fundamentalen Verfallsprozess. Der geschichtliche Vergleich zeige zudem, dass derartige Machtverschiebungen meist mit einer De-

stabilisierung des internationalen Systems und einer erhöhten Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte einhergehen.

Wie kann eine solche Entwicklung verhindert werden? Indem sich die USA pragmatisch den veränderten Umständen anpassen, lautet Papes Antwort. Denn Versuche, eine im Niedergang begriffene Vormachtstellung militärisch zu festigen, seien in der Vergangenheit stets gescheitert. Ein ähnliches Schicksal prognostiziert Pape einer etwaigen *containment*-Strategie gegenüber China. Damit würde man lediglich Gegenkoalitionen hervorrufen, denen das US-Militär nicht mehr gewachsen wäre. Auch Pape favorisiert deshalb einen großangelegten Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem globalen Engagement. Der Nahe Osten müsse davon ausgenommen bleiben – wegen der gewalttätigen Konflikte dort und Amerikas Abhängigkeit von den regionalen Ölvorkommen. Stattdessen sollten die USA ihre Präsenz in Europa und Asien signifikant reduzieren. Mit dortigen Regionalmächten im Rahmen einer realistischen Außenpolitik zu kooperieren sei eine angemessene Antwort auf die globalen Machtverschiebungen. Ein weiteres dringendes Erfordernis sieht Pape darin, die amerikanische Wirtschaft durch innenpolitische Reformen zu stärken.

Totgesagte leben länger

Zwar hat die Finanz- und Wirtschaftskrise den Anhängern der Machtverfallsthese neuen Auftrieb gegeben, doch ihre Analyse bleibt umstritten. Andere Autoren zeigen sich skeptisch, haben sich doch ähnliche Befunde in früherer Zeit als Fehldiagnosen erwiesen. Wichtige Grundlagen amerikanischer Macht seien von Beständigkeit geprägt, führt diese Seite ins Feld. So erteilt **Lawrence Freedman**, Professor am King's College London, der Niedergangsthese eine Absage. Im Gegensatz zu früheren Hegemonialmächten, so Freedman im *National Interest*, verfügten die USA über eine Eigenschaft, die sie auch in Krisenzeiten vor dem Abstieg bewahre: ihre »Elastizität«. Diese

erlaube ihnen, je nach Lage global zu agieren und sich von Rückschlägen zu erholen, ohne die eigene Stellung einzubüßen. Für Amerika bestehe daher – um im Bild zu bleiben – keine große Gefahr eines *imperial overstretch*. Die postulierte Elastizität basiert laut Freedman darauf, dass es sich bei den USA nicht etwa um ein Imperium mit dazugehörigen Kolonien handle, sondern vielmehr um die Führungsmacht eines relativ stabilen Bündnisses ideologisch harmonisierender Staaten. Das verbindende Element bilde dabei der liberale Kapitalismus, eine – bei allen negativen Konsequenzen der Globalisierung – tendenziell universelle Weltanschauung.

Auch in ökonomischen Krisenzeiten wie der gegenwärtigen bleibt die Dominanz dieser Ideologie für Freedman unangefochten, da es schlicht keine relevanten Alternativen gebe. So stehe genügend Zeit zur Verfügung, um das Konzept durch Reformen entsprechend anzupassen, ohne seine Substanz, und damit die weltweite Machtverteilung, zu gefährden. Ebenso finde sich – teils aufgrund mangelnder Möglichkeiten, teils aus Unwillen angesichts der damit verbundenen Herausforderungen – zurzeit kein Akteur, der den USA ihre dominante Rolle streitig machen könnte. Hinzu komme, dass die Finanzkrise wegen ihrer Ausweitung auf die Realwirtschaft keine eindeutigen Gewinner oder Verlierer erkennen lasse. Schließlich trägt für Freedman auch das politische System der liberalen Demokratie zur Elastizität der USA bei, da dieses durch Wahlen und öffentlichen Meinungsaustausch über eine kontinuierliche Erneuerungsfähigkeit verfüge. Die einzige wirkliche Gefahr für Amerikas globale Position sieht er in einer Vernachlässigung traditioneller Alliiierter. Freedman hält es für einen großen Fehler, freiheitliche Prinzipien zu relativieren, wie es im *war on terror* der Bush-Regierung geschehen ist. Eine solche Politik sei geeignet, den Wertekonsens unter liberal-demokratischen Staaten in Frage zu stellen. Auf diese Weise riskiere man, die wesentliche Basis für den Machtanspruch der USA zu verspielen.

Josef Joffe, Mitherausgeber der *Zeit* und Fellow an der Hoover Institution, erinnert in *Foreign Affairs* daran, dass Debatten über den Niedergang der US-Position mit einer gewissen Regelmäßigkeit stattfinden. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs sei kaum ein Jahrzehnt vergangen, ohne dass man einen konkurrierenden Akteur identifiziert hätte, der angeblich bald die Führung übernehmen werde – von der Sowjetunion über Japan und die EU bis hin zu China. Diese Prognosen hätten sich stets als unzutreffend erwiesen, und Joffe widerspricht auch ihrer aktuellen Ausformung. Dabei beruft er sich auf eine Reihe von Faktoren. Was das Bruttoinlandsprodukt betreffe, seien die USA den wirtschaftlich nächstfolgenden Staaten in historisch beispielloser Weise überlegen, von militärischer Stärke ganz zu schweigen. Das Pro-Kopf-Einkommen sei in den USA ebenfalls am höchsten, und von einer Konkurrenz Chinas könne lediglich – in Joffes Augen unangemessenerweise – mit Blick auf dessen Handelsüberschuss die Rede sein.

Ohnehin werde Chinas künftiges Wachstum vollkommen überschätzt. Nicht genügend berücksichtigt würden seine innerstaatlichen Konflikte, eine hohe Abhängigkeit vom Export und nicht zuletzt die Aussicht auf ein abnehmendes Wachstumspotential bei anhaltender Entwicklung. Auch China werde in Zukunft gezwungen sein, seine alternde Bevölkerung in einem Sozialsystem zu versorgen, was eine weitere Aufrüstung der Armee deutlich erschwere. Die USA hingegen seien weiterhin führend auf dem Feld universitärer Forschung und Lehre, was ein enormes kreatives Potential anziehe und damit ein großes Zukunftskapital biete. Hinzu komme, so Joffe, eine »Krieger-Kultur«, die es dem Land im Gegensatz zur EU und zu den ausschließlich auf das eigene Wohl fixierten Akteuren China und Russland erlaube, weltweit Sicherheit bereitzustellen und sich damit unverzichtbar zu machen. Eine solche Rolle als »default power« könnten lediglich überaus mächtige, zugleich aber auch liberale und demokratische Staaten erfüllen, die zur

Übernahme weltpolitischer Verantwortung bereit seien. Auf längere Sicht gibt es für Joffe keinen Staat, der unter diesen Gesichtspunkten mit den USA um die Führung in der Welt konkurrieren wird.

James Fallows ruft im Magazin *The Atlantic* ebenfalls die lange geschichtliche Tradition in Erinnerung, welche die Debatte um Amerikas Niedergang prägt. Auch er weist die stets wiederkehrenden Argumente zurück. Selbst wenn die USA ihre wirtschaftliche Spitzenposition verlieren würden, wäre dies aus seiner Sicht kein Grund zum Pessimismus. Das auf Handel beruhende Wirtschaftswachstum Chinas mehre auch den amerikanischen Wohlstand, dafür sorgen schon die globale Vernetzung und die Anziehungskraft der amerikanischen Wissenschaft. Fallows plädiert deshalb dafür, Bildung und Einwanderung zu fördern. Warnungen vor einem internationalen Bedeutungsverlust hätten oftmals auch die Funktion eines Weckrufs, der zu einer für die USA typischen Wiederbelebung zuletzt vernachlässigter Stärken führen könne.

Ein gravierendes Problem sieht Fallows allerdings: Das politische System der USA sei vollkommen veraltet und den gegenwärtigen Herausforderungen nicht mehr gewachsen. Besonders deutlich kritisiert er die Verfahrensregeln im Senat, die seiner Ansicht nach einem kleinen Teil der Gesellschaft überproportionalen Einfluss sichern. So könnten – unter anderem dank der Filibuster-Regelung – 12 Prozent der Bevölkerung jedes Gesetz verhindern, was Reformbemühungen enorm erschwere. Allerdings hat Fallows für dieses Problem auch keine Lösung anzubieten.

Neuer Führungsanspruch unter gewandelten Voraussetzungen

Die bisher zitierten Beiträge befassen sich vor allem mit der Frage, ob die globale Stellung Amerikas in ihrer heutigen Form erhalten bleiben wird. Andere Autoren hingegen formulieren Vorschläge, wie sich die Führungsposition der USA in einer veränderten Welt bewahren lässt.

Als Ende der 1980er Jahre schon einmal intensiv über einen Niedergang amerikanischer Macht diskutiert wurde, entwickelte **Joseph S. Nye** von der Harvard University sein *soft power*-Konzept. Demnach wird Macht nicht nur durch offenen Zwang, sondern ebenso durch Beeinflussung der Ideen und Entscheidungsstrukturen anderer Akteure ausgeübt. Auch in die derzeitige Debatte schaltet sich Nye über *Foreign Affairs* ein. Mittlerweile propagiert er allerdings *smart power* – einen Ansatz, der auch das Politikverständnis der Obama-Regierung wesentlich prägt. Es geht dabei um die jeweils angemessene Kombination von »harter« und »weicher« Macht. Da Nye nach wie vor der Ansicht ist, dass erstere den politischen Diskurs über Gebühr dominiere, setzt er sich erneut für eine Stärkung weicher Mittel ein. Die dafür nötigen Grundlagen – im Wesentlichen eine angesehene und attraktive Kultur und Politik – würden die Erfolgsaussichten der USA in einem internationalen Umfeld mitbestimmen, in dem sie zwar weiterhin als führende Macht agierten, jedoch auch von der Kooperation mit anderen abhängig seien.

Nye identifiziert drei verschiedene Ebenen. Militärisch sei die Dominanz der USA ungebrochen, wirtschaftlich hingegen stellen sie nur einen von mehreren wichtigen Staaten dar. Und gerade in Fragen, die transnationale Probleme betreffen – wie Klimawandel oder Terrorismus –, verteile sich der weltweite Einfluss auf diverse Akteure, auch nichtstaatliche. Auf diesem Feld sei die militärische Sichtweise vollkommen unzureichend. Die USA müssten hier mit *soft power*-Maßnahmen – Nye nennt etwa Entwicklungshilfe, kulturellen Austausch und Diplomatie – eine Führungsrolle übernehmen. Ein amerikanisches Engagement für Problemlösungen im globalen Interesse würde die *soft power*-Reserven der USA zugleich wieder auffrischen. Diese hätten sich zuletzt im akuten Verfall befunden. Da jedoch die gestiegene Ablehnung von Amerikas internationaler Rolle laut Nye nicht im kulturellen, sondern im wandlungsfähigen politischen Bereich wurzelt, hält er

eine rasche Trendwende unter der Obama-Regierung für möglich.

Der Fokus von **Anne-Marie Slaughter**, mittlerweile Planungsstabschefin im US-Außenministerium, liegt hingegen auf globalen Netzwerken. Diese stellen ihrer Ansicht nach künftig die wichtigste Machtressource dar, wie sie ebenfalls in *Foreign Affairs* ausführt. Die USA seien hier aus drei Gründen entscheidend im Vorteil und daher in der Lage, ihre zentrale weltpolitische Position neu zu begründen. Erstens spiele dem Land sein relativ geringes Bevölkerungswachstum – entgegen anderslautender Interpretationen – in die Hände. Es bewirke, dass die USA geringere soziale Kosten zu tragen hätten als Staaten mit Überbevölkerung, sowohl rein finanziell als auch dadurch, dass es zu weniger internen Gruppenkonflikten komme. Zudem Sorge die lange Tradition der USA als liberales Einwanderungsland für stetige kreative Impulse und fördere Vernetzung durch »transnational communities«. Gerade die amerikanische Jugend ist laut Slaughter zunehmend grenzüberschreitend orientiert und somit offen für vielfältige neue Kooperationen.

Zweitens berge eine stärkere Integration des amerikanischen Kontinents enorme Entwicklungsmöglichkeiten, zumal er durch das Meer weiterhin von vielen Problemen geographisch abgeschirmt bleibe. So könne man etwa dank brasilianischer und kanadischer Ressourcen alternative Energien nutzen, um die Erdöl-Abhängigkeit zu reduzieren. Und drittens seien die USA aufgrund ihrer Offenheit für neue Ideen und ihrer »Kultur des konstruktiven Konflikts« nach wie vor das innovationsfreudigste Land der Welt.

Slaughter fordert einen Politikwechsel, damit sich ihre Vision eines künftigen US-Einflusses durch ausgeprägte Vernetzung auch realisieren lässt. Konkret sei erforderlich, offener als unter Bush mit Einwanderung umzugehen, den Status illegaler Migranten zu legalisieren, verstärkt Auslandsstudien zu fördern und Initiativen für eine ausgeglichene Wohlstandsverteilung zu

starten. Zudem solle Lateinamerika ins Zentrum der außenpolitischen Aufmerksamkeit rücken. Schließlich müsse die US-Führung beginnen, globale Probleme in weitgespannten Netzwerken staatlicher und nichtstaatlicher Akteure anzugehen, statt weiterhin auf überholten hegemonialen Ordnungsmodellen zu beharren. Sollten diese Möglichkeiten richtig genutzt werden, steht nach Slaughter »another American century« bevor – wenn auch auf einer völlig anderen Machtbasis als bisher.

James Kurth, Professor am *Swarthmore College*, sieht die USA ebenfalls für das kommende Jahrhundert gerüstet. Ihre Wirtschaftskraft stelle, wie er im Magazin *The American Interest* argumentiert, die entscheidende Basis einer hervorgehobenen Machtposition dar. Im Industrie- und Finanzwirtschaftsbereich hält Kurth zwar China für einen Akteur von wachsender Bedeutung – und die amerikanische Vormachtstellung damit für beendet. Den Vereinigten Staaten würden jedoch die »neuen ökonomischen Sektoren der Zukunft« im Technologie-Bereich verbleiben; konkret denkt Kurth hier an erneuerbare Energien und Gesundheitstechnologie. Auf diesem Feld brauche China noch lange Zeit, um an die US-Position anknüpfen zu können. Kurth empfiehlt daher, die Grundlagen zu verbessern, auf denen ein innovatives Wirtschaftssystem basiere: Bildung und Forschung sowie Förderung des freien Marktes.

Darüber hinaus fordert Kurth ein Umdenken in der Außen- und Sicherheitspolitik. Washington solle sich von wenig erfolgversprechenden *counterinsurgency*-Operationen abwenden und den Blick wieder auf mögliche Konflikte mit anderen Großmächten richten. Letzteren gegenüber müsse Amerika eine realistische Grundhaltung einnehmen, um als Führungsmacht ernst genommen zu werden. Eine hegemoniale Stellung komme den USA nämlich bei aller möglichen Wiederbelebung ihrer Stärke nicht mehr zu. Stattdessen entwirft Kurth das Bild einer Welt mit vielen mächtigen Staaten, in der die Amerikaner bei Problemen von globaler Dimension die Führung

übernehmen. Dabei erscheint es ihm auch sinnvoll, »regionalen Mächten« eine eigene Einflussphäre zuzugestehen, statt ihren Ambitionen wie bisher – etwa im Falle des russisch-georgischen Konflikts – entgegenzuwirken. Umso effektiver könnten die USA dann auf globaler Ebene Probleme in Kooperation mit anderen wichtigen Staaten angehen.

Obamas Politik als Ursache eines Machtverfalls?

Zugeständnisse an autokratische Regionalmächte, wie Kurth sie empfiehlt, verurteilt **Robert Kagan** vom Carnegie Endowment for International Peace in der Zeitschrift *World Affairs* – stellvertretend für eine Reihe konservativer Kommentatoren – auf das Schärfste. Seine Kritik zielt dabei auch auf die Obama-Regierung. Sie habe das Ende einer strategischen Kontinuität eingeläutet, die Washingtons Kurs seit dem Zweiten Weltkrieg geprägt habe.

Laut Kagan geht die US-Regierung von einem unaufhaltsamen Machtverlust gegenüber aufstrebenden Staaten aus. Als Reaktion darauf versuche sie, mit den Konkurrenten zu kooperieren, statt deren Ansprüchen entgegenzutreten. Die daraus folgende ideologische »Neutralität« bewirke jedoch zwangsläufig, dass bestehende Allianzen mit demokratischen Staaten litten – und zwar in allen Weltregionen. Der Ansatz eines »managed decline« demonstriere nicht etwa außenpolitischen Realismus, sondern offenbare vielmehr ein hohes Maß an Idealismus, da er auf der Annahme von »Win-win-Situationen« basiere. Dagegen geht Kagan von fortwährenden politischen »Nullsummenspielen« aus, bedeute eine Kooperation mit autokratischen Systemen doch oftmals zwangsläufig eine Vernachlässigung demokratischer Partner. Zudem sei der Glaube naiv, zwischen den Großmächten gebe es substantielle gemeinsame Interessen oder Werte. Daher sei auch Washingtons gegenwärtige diplomatische Annäherung an China und Russland zum Scheitern verurteilt. Kagan vergleicht

diesen Kurs mit Woodrow Wilsons misslungenem Versuch, unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs durch Verhandlungen und die Betonung gemeinsamer Werte dauerhaften Frieden zu schaffen. Ebenso wie damals würden sich auch heute egoistische Interessen einzelner Staaten gegenüber gemeinschaftlichen Normen durchsetzen.

Was Freedman nur als mögliche Gefahr betrachtet, ist für Kagan schon eingetreten: die Vernachlässigung bestehender wertebasierter Allianzen. Ohne eine angemessene Gegenleistung zu erhalten, würden die USA jene Prinzipien aufgeben, die – neben dem Freihandel – jahrzehntelang ihre Dominanz begründet hätten: die »militärische und ökonomische Vormachtstellung« und die weitverzweigten Bündnisse mit überwiegend demokratischen Staaten. Kagan hält das für fatal.

Noch deutlicher wird der Publizist **Charles Krauthammer** im neokonservativen *Weekly Standard*. Er hält die ganze Debatte über einen etwaigen Abstieg Amerikas im Grunde für überflüssig, da sie auf einer falschen Annahme beruhe. Wie sich die globale Position der USA entwickeln werde, sei nämlich keineswegs determiniert, weder in die eine noch in die andere Richtung. Vielmehr geht es in Krauthammers Sicht allein um eine Entscheidung der amerikanischen Politik. Diese werde derzeit, ebenso wie die mediale und kulturelle Elite des Landes, von der Ideologie eines »Neuen Liberalismus« bestimmt. Und der sei – anders als der liberale Internationalismus unter Bill Clinton – im Kern davon überzeugt, dass die USA aufgrund ihrer Schwächen und Verfehlungen eine hegemoniale Macht gar nicht verdienen würden.

Konkret arbeite die Regierung sowohl außen- als auch innenpolitisch daran, Machtressourcen zu reduzieren. In der Außenpolitik würden Obamas diverse Entschuldigungen für vergangenen Taten der Amerikaner – Folter, arroganter Unilateralismus oder die Atombombenabwürfe auf Japan – bestehende Führungsansprüche zerstören. Vollkommen illusorisch sei dabei

die Erwartung, die USA könnten Zugeständnisse von bislang antagonistischen Regimen erhalten, würden sie nur ihre verlorene politische Legitimität wiedergewinnen. In der Innenpolitik sieht Krauthammer die Vereinigten Staaten auf dem Weg zu einer sozialen Demokratie nach europäischem Modell. Für die weltweite militärische Präsenz der USA sei jedoch ein innovativer, wachstumsorientierter Kapitalismus unverzichtbar. Soziale und ökologische Probleme gegenüber einer globalen Sicherheitspolitik zu betonen sei zwar verlockend, funktioniere aber nicht. Die europäischen Staaten können laut Krauthammer ihre teuren Sozialsysteme lediglich als Trittbrettfahrer amerikanischer Sicherheitsgarantien aufrechterhalten. Für die USA stehe diese Option nicht zur Verfügung. Krauthammers neorealistischem Weltbild zufolge würde ein Rückzug Amerikas nur den Aufstieg anderer Mächte und damit eine gefährliche Erosion von Stabilität bewirken.

Krauthammer plädiert deshalb dafür, den von ihm diagnostizierten Politikwandel komplett rückgängig zu machen. Die USA müssten zum einen ihre Hegemonialstellung wieder annehmen und selbstbewusst vertreten, zum anderen die Abhängigkeit von importiertem Öl und das hohe Staatsdefizit reduzieren – dann könne die amerikanische Stärke wiederhergestellt werden.

Wie diese kurze Skizze zeigt, gehen die Meinungen in der Debatte weit auseinander. Strittig ist schon die Diagnose, noch unterschiedlicher sind dementsprechend die Therapievorschlüsse. Politisch entscheidend ist aber, wie die gegenwärtige US-Regierung die Position des Landes wahrnimmt und welche Konsequenzen sie daraus zieht.

In der Tat vollzieht die Administration hier einen außenpolitischen Richtungswechsel. Wie die Nationale Sicherheitsstrategie von 2010 exemplarisch zeigt, setzt Washington verstärkt auf multilaterale Kooperation mit diversen – auch nicht-demokratischen – Akteuren. Neue »key

centers of influence« wie China, Russland oder Indien sollen in die Lösung transnationaler Probleme eingebunden werden. Internationaler Terrorismus, Energiesicherheit und Seuchenbekämpfung stellen in dieser Logik die wesentlichen globalen Herausforderungen dar, und nicht etwa bewaffnete Konflikte mit anderen Großmächten. Die USA sollen ihre Führungsrolle demnach nicht aufgeben, sie durch Wiederherstellung von Legitimität aber neu begründen. Wie die Sicherheitsstrategie anmahnt, müsse nicht nur die *soft power* des Landes gestärkt werden. Nötig seien auch eine Wiederbelebung der Wirtschaft sowie Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und alternative Energien. Keinesfalls könne eine hervorgehobene Position der USA auf Unilateralismus basieren – dies würde auch die nationalen Kapazitäten überfordern. Stattdessen müsse eine solche Stellung durch die Koordination internationaler Bündnisse geschaffen und erhalten werden. Für die Obama-Regierung bedeutet diese Neuausrichtung nicht, fundamentale Prinzipien der US-Außenpolitik aufzugeben. Vielmehr sieht sie darin eine »smartere« und somit effektivere Politik, wie sie den Bedingungen des 21. Jahrhunderts angemessen sei.

Besprochene Aufsätze

Fallows, James, »How America Can Rise Again«, in: *The Atlantic*, Januar/Februar 2010, S. 38–55, <www.theatlantic.com/magazine/archive/2010/01/how-america-can-rise-again/7839>

Freedman, Lawrence, »A Subversive on a Hill«, in: *The National Interest*, (Mai/Juni 2009) 101, S. 39–48, <www.nationalinterest.org/Article.aspx?id=21296>

Joffe, Josef, »The Default Power: The False Prophecy of America's Decline«, in: *Foreign Affairs*, 88 (September/Oktober 2009) 5, S. 21–35, <www.foreignaffairs.com/articles/65225/josef-joffe/the-default-power>

Kagan, Robert, »Obama's Year One: Contra«, in: *World Affairs*, Januar/Februar 2010, <www.worldaffairsjournal.org/articles/2010-JanFeb/full-Kagan-JF-2010.html>

Krauthammer, Charles, »Decline Is a Choice: The New Liberalism and the End of American Ascendancy«, in: *The Weekly Standard*, 15 (19.10.2009) 5, <www.weeklystandard.com/Content/Public/Articles/000/000/017/0561fnpr.asp>

Kurth, James, »Pillars of the Next American Century«, in: *The American Interest*, 5 (November/Dezember 2009) 2, S. 4–13, <www.the-american-interest.com/article.cfm?piece=688>

Layne, Christopher, »Graceful Decline: The End of Pax Americana«, in: *The American Conservative*, 1.5.2010, <www.amconmag.com/article/2010/may/01/00030>

Nye, Joseph S. Jr., »Get Smart: Combining Hart and Soft Power«, in: *Foreign Affairs*, 88 (Juli/August 2009) 4, S. 160–163, <www.foreignaffairs.com/articles/65163/joseph-s-nye-jr/get-smart?>

Pape, Robert A., »Empire Falls«, in: *The National Interest*, 99 (Januar/Februar 2009), S. 21–34, <www.nationalinterest.org/Article.aspx?id=20484>

Slaughter, Anne-Marie, »America's Edge: Power in the Networked Century«, in: *Foreign Affairs*, 88 (Januar/Februar 2009) 1, S. 94–113, <www.foreignaffairs.com/articles/63722/anne-marie-slaughter/americas-edge>

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380